

Antworten auf die Wahlprüfsteine von der Deutschen Aidshilfe anlässlich der Bundestagswahl 2021



1. HIV- und STI-Prävention brauchen Kontinuität und spezifische Angebote für verschiedene Zielgruppen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Etats für Prävention von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen in vollem Umfang erhalten und sachgerecht ausgebaut werden?

Wir GRÜNE sind für eine sachgerechte Ausstattung der entsprechenden Präventionsprogramme. Das Ziel muss es sein, die Zahl der STI- und HIV-Erkrankungen in den kommenden Jahren zu reduzieren.

2. Wie werden Sie der Diskriminierung von Menschen mit HIV entgegenwirken, insbesondere gesetzlich? Werden Sie die Kategorie HIV oder chronische Erkrankungen in die Merkmalsliste des AGG aufnehmen und ein HIV-Testverbot für Einstellungsuntersuchungen festschreiben?

Wir treten der Diskriminierung von Menschen mit HIV entschieden entgegen und werden das Antidiskriminierungsrecht ausbauen. Das gilt für die Arbeitswelt wie für alle anderen Bereiche. Den Schutz vor und die Beseitigung von Diskriminierungen wollen wir GRÜNE mit einem staatlichen Gewährleistungsanspruch in der Verfassung verankern. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz entwickeln wir zu einem echten Bundesantidiskriminierungsgesetz weiter, das Schutzlücken endlich schließt, Klagen gegen Diskriminierung für Betroffene vereinfacht und ein umfassendes Verbandsklagerecht einschließt, damit gegen Diskriminierung strukturell und nachhaltig vorgegangen werden kann. Zudem erweitern wir dessen Anwendungsbereich, sodass es auch für die staatlichen Stellen gilt. Das Netz zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen wollen wir flächendeckend ausbauen und in den Institutionen, wie beispielsweise bei der Polizei oder in Jobcenters Anlaufstellen für diskriminierte Menschen schaffen.

3. Werden Sie geschlechtliche Selbstbestimmung ohne Gutachten oder (Zwangs-) Beratung sowie Zugang zu transitionsbezogener medizinischer Versorgung ohne Diskriminierung sicherstellen? Setzen Sie sich für eine Entschädigung von Personen ein, die Zwangsmaßnahmen durch das TSG ausgesetzt waren?

Ja. Mit einem Selbstbestimmungsgesetz sorgen wir dafür, dass das überholte Transsexuellengesetz endlich aufgehoben wird. Eine unbürokratische Änderung der Geschlechtsangabe wie der Vornamen auf Antrag der betroffenen Person beim Standesamt werden wir ab dem 14. Lebensjahr ermöglichen, das Offenbarungsverbot konkretisieren und Verstöße dagegen sanktionieren. Bei Gesundheitsleistungen sowie Operationen und Hormontherapien muss das Selbstbestimmungsrecht gesichert sein. Den Anspruch auf medizinische körperangleichende Maßnahmen wollen wir GRÜNE gesetzlich verankern und dafür sorgen, dass die Kostenübernahme gewährleistet wird. Das Leid, das sowohl trans- als auch intergeschlechtlichen Menschen widerfahren ist, muss entschädigt werden.

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, Inhaftierte in die Gesetzliche Krankenversicherung aufzunehmen (Änderung SGB V)? Was werden Sie tun, um die Behandlungen von Infektions- und Suchterkrankungen entsprechend den Standards in Freiheit zu garantieren (z.B. HIV-/HCV-Behandlung, Impfungen, Substitution)?

Wir GRÜNE sehen die Absicherung von Inhaftierten als eine gesamtgesellschaftliche und damit aus Steuermitteln zu finanzierende Aufgabe, die nicht allein von den gesetzlich Versicherten geschultert werden kann. Wir befürworten hingegen eine Klarstellung im Strafvollzugsgesetz, damit Inhaftierte in der Praxis vollen Anspruch auf eine dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung ebenbürtige Versorgung haben. Wir werden uns insbesondere bei den Ländern dafür einsetzen, dass die Gesundheitsversorgung Inhaftierter und Haftentlassener verbessert wird. Insbesondere auch bei der Substitutionsbehandlung in der Haft sehen wir erheblichen Verbesserungsbedarf. Hier muss der Bund bei den Ländern darauf hinwirken, dass eine adäquate Versorgung auch in der Haft flächendeckend sichergestellt ist und dies nicht vom Gutdünken der Anstaltsleitung abhängig ist.

5. Strafrechtliche Verfolgung von Drogenkonsument*innen schadet deren Gesundheit. Wie werden Sie dem entgegenwirken und Schadensminimierung ausweiten (z.B. Druckchecking, Substitution)? Wie werden Sie Hilfsangebote sicherstellen, z.B. für Migrant*innen oder bei sexualisiertem Substanzkonsum/Chemsex?

Wir wollen den Substanzkonsum entkriminalisieren sowie mehr Sicherheit durch beispielsweise Drugchecking schaffen. Für die Substitutionsbehandlung wollen wir ideologisch motivierte Zugangshürden abbauen, damit alle Patient*innen, die diese Behandlung benötigen, sie auch wirklich erhalten. Wir GRÜNE werden zusammen mit den Ländern darauf hinwirken, dass alle Menschen Zugang zu bedarfsgerechten Hilfsangeboten erhalten.

6. Wie werden Sie dafür Sorge tragen, dass Menschen flächendeckend einen Zugang zu anonymen und niedrigschwelligen (Schnell-) Testangeboten haben, auch in ländlichen Regionen? Werden Sie Einsendetests fördern?

Ja, solche Möglichkeiten halten wir für sinnvoll.

7. Die Digitalisierung des Gesundheitswesens bietet Chancen, birgt für Menschen mit stigmatisierten Erkrankungen aber besondere Risiken. Wie werden Sie Sicherheit, Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung und barrierearme Zugänge zu Datenspeicherungssystemen bzw. Alternativen sicherstellen?

Wir sehen die großen Chancen der Digitalisierung im Gesundheitswesen für die Versorgung, sei es beispielsweise durch die elektronische Patientenakte, sei es durch telemedizinische Angebote. Datensicherheit und informelle Selbstbestimmung sind für uns wichtige Voraussetzungen für den Erfolg der Digitalisierung. Nur wer sich darauf verlassen kann, dass die besonders sensiblen Gesundheitsdaten sicher sind, wird die digitalen Möglichkeiten in der Zukunft nutzen. Wir GRÜNE werden bei der Weiterentwicklung der Patientenakte darauf bestehen, dass die Patient*innen, wenn gewünscht, sehr präzise entscheiden können, wem sie Einblick in ihre Daten geben wollen und wem nicht. Wir wollen zudem eine Strategie für die Digitalisierung auf den Weg bringen, bei der die Nutzer*innen eingebunden sind. Auf diese Weise wollen wir sicherstellen, dass ihre Interessen etwa beim Aufbau barrierearmer Zugänge sichergestellt sind.

8. Es gibt Bestrebungen, Sexarbeit noch stärker zu regulieren oder in die Illegalität zu drängen. Was werden Sie tun, um Rechte von Sexarbeiter*innen und soziale Absicherung zu stärken? Wie werden Sie Zugänge zu Prävention, Hilfs- und Beratungsangeboten und gesundheitlicher Versorgung sich erstellen?

Menschen, die in der Prostitution arbeiten, brauchen ausreichend Rechte und Schutz. Bestehende Gesetze, wie das Prostituiertenschutzgesetz, müssen mit Blick auf ihre Zielsetzung evaluiert und überprüft werden. Die Kontrolle der Orte, an denen legale

Prostitution stattfindet, muss sichergestellt und Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, niedrigschwellig beraten und unterstützt werden. Zwangsprostitution und Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wollen wir GRÜNE durch eine effektive Strafverfolgung bekämpfen und dazu einen nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel auflegen.